



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe

Drucksache 15/ 3329

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass bundesweit noch immer nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger zur Verfügung stehen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag geht davon aus, dass die Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein auch in diesem Jahr ausgeglichen sein wird. Wir begrüßen das verstärkte Engagement aller Beteiligten in Wirtschaft, Verwaltung, Kammern und Beruflichen Schulen.

Der Landtag fordert die Landesregierung und alle anderen Beteiligten auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen, damit das Ziel erreicht wird, dass spätestens bis Ende des Jahres alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

Der Landtag würde es begrüßen, wenn es auch auf Bundesebene gelingt, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, damit die Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage nicht erforderlich wird.

Falls jedoch die Wirtschaft weiterhin bundesweit nicht genügend Ausbildungsplätze bereitstellt und daher eine Ausbildungsplatzumlage unvermeidlich ist, fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine solche Umlage in Regionen mit ausgeglichener Situation nicht erhoben wird.

Klaus-Dieter Müller
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion